

die tageszeitun

Freitag, 22.8.85 Nr. 1543/8. Woche, Jahrgang 7 Preis DM 1,20

Compress Abt. Abo. Wattstr. 11-12, J

D 2734 A

Datenschutz löcheriger als Emmentaler Hamburger Daten-Mäuse knabbern schweizerischen Datenkäse an

Zürich (tkaz) - Seit jeher weisen die Löcher als markantes Kennzeichen den echten Schweizer-Käse aus. Daß der Datenschutz der Alpenrepublik kaum minder umfangreiche Löcher aufweist, hat der Hamburger „Chaos Computer Club“ eindrücklich unter Beweis gestellt: Über das lokale Videotext-System (VTX) knackten die Hacker die Zivilschutzdatenbank der Stadt Biel (Kanton Bern) und kitzelten aus ihr die angeblich geschützten persönlichen Daten von 60 Personen samt Angaben darüber heraus, in welchem Banker auf welcher Pflanzscheibe mit wem im Ernstfall ihre Überlebensplätzchen zu teilen haben.

Seltsame Post hatten die 60 Betroffenen dieser Tage erhalten: „Lieber Herr 144.36.428! Im Interesse Ihres Überlebens möchten wir Sie darauf hinweisen, daß Sie im Krisenfall Ihren Platz im Betonbunker an folgender Adresse finden: Alpenstrasse 17. Er trägt die Nummer: 1105-04/04.“ Herr Baumann, so heißt Nr. 144.36.428 bislang noch mit bürgerlichem Namen, erfuhr auf diese Weise, daß er im Ernstfall also in Nachbars ausgebunkertem Keller unterzuschlüpfen hätte, denn er selbst wohnt in der Alpenstraße 21 a. Auf daß er sich „schon frühzeitig über die üblichen Angewohnheiten wie Stumpenrauchen, Allergien, Schnarchen, Fußschweiß oder notorische Platzangst“ seiner Schicksalsgenossen ins Bild setzen könne, wurden ihm ein paar Tage später noch die persönlichen Daten verschiedener Mitbürger nachgereicht, mit denen er die unterirdische Überlebenskatakombe teilen sollte. Als Absender zeichnete der bis dato unbekannt „Alternative Hacker-Verein - AHV - Emmental“.

Am Donnerstag wurde das Geheimnis auf einer Pressekonferenz in Zürich gelüftet: Hinter dem „AHV-Emmental“ verbirgt sich der Hamburger „Chaos Computer Club“, der zuletzt im November durch einen elektronischen Bankraub per BTX in der Bundesrepublik für Schlagzeilen gesorgt hatte. Der Deckname „AHV Emmental“ enthält bereits den Hinweis auf den Schlüssel, der den Hamburgern die Bieler VTX-Bunkertüren öffnete: Das Kürzel AHV steht in der Schweiz für die staatliche „Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung“; der persönlichen AHV-Nummer jedes Schweizer, vergleichbar unserer Sozialversicherungsnummer, kommt in der Praxis

zunehmend die Funktion einer bundeseinheitlichen Personenkennziffer zu. Bekannt ist sie zumindest allen bisherigen Arbeitgebern, allen möglichen Behörden, Versicherungen usw. Aufgrund des Namens und des Geburtsdatums läßt sie sich mit Hilfe einer für 2,50 Franken erhältlichen Broschüre zudem leicht konstruieren - genau das taten die Hamburger Emmentaler, nachdem sie eine ihnen zugespielte Telefonnummer als Adresse des lokalen VTX-Rechners der Stadt Biel identifiziert und auch bald den Code herausgeknobelt hatten: Sechs mal die eins, nach Identifizierung noch vier mal die eins und sie waren drin.

Fortsetzung auf Seite 4



Die Kinder

Von vielen mit Spannung erwartet war der Film „Les Enfants“ von Marguerite Duras. Jean Mascolo und Jean-Marc Turine. Ein unaufdringlicher, ruhiger Film über einen Jungen, der nicht mehr zur Schule gehen will, weil er keinen Sinn darin sieht. Ein Film, dessen Gehalt sich nicht mit ein paar knackigen Formulierungen annonciieren läßt, denn wer Titel und Prädikate verleiht,

der wertet und bespricht die Schule, um deren „Les Enfants“ geht. Außerdem gibt's auf der heutigen Film-Seite eine Besprechung von Bernhard Wickis „Grünstein-Variante“ und des Schweizer Wettbewerbsbeitrags „After Darkness“ von Clemens Klopfenstein. Seite 9

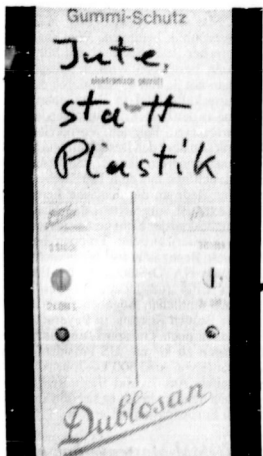


Marguerite Duras



Filmpremiere The Killing Fields

„Was uns angeht, so muß man nach den vorliegenden Berichten wohl davon ausgehen, daß in den neu befreiten Provinzen Kambodschas sicherlich viel Blut vergossen worden ist, das vom Standpunkt der revolutionären Zweckmäßigkeit nicht hätte vergossen werden dürfen. Doch sollen wir uns wie Luther hinstellen und angesichts vulkanischer Eruptionen bauerlicher Gewalt gegen mordende und sengende Bauern zu Felde ziehen? Oder kommt es nicht vielmehr darauf an, auch an diesem Beispiel zu erkennen, wie wichtig eine weitsichtige revolutionäre Führung ist?“
Originalton aus einer maoistischen Zeitung Westdeutschlands („Rote Fahne“) aus dem Jahre 1979 - also bereits vier Jahre nach der Machtergreifung der Roten Khmer. Wie es in Wirklichkeit aussah, läßt der Spielfilm „Schreiendes Land“ („The Killing Fields“) erahnen - begreifen kann man es so wenig wie Auschwitz. Zur Premiere des Films unser Tagesthema (Seite 3) sowie ein Hintergrundbericht „Pol Pot und die Entfesselung einer Bauernrevolte“ (Seite 8).



Gummis für den Verkehr freigegeben

In der Republik Irland soll der Verkauf empfangnisverhütender Mittel endlich erlaubt werden. Der Schwarzmarkt ist geschockt. Das Dubliner Parlament hat dazu am Mittwochabend einen Gesetzentwurf, der den freien Verkauf garantiert, mit der knappen Mehrheit von drei Stimmen verabschiedet. Die Entscheidung gilt als schwere politische Niederlage für die katholische Kirche und als persönlicher Erfolg für Premierminister Garrett Fitzgerald. Das Gesetz gestattet den Verkauf von Präservativen in Krankenhäusern, Apotheken, Kliniken und den Zentren für Familienplanung. Andere empfangnisverhütende Mittel dürfen dagegen nur gegen Rezept und an Personen über 18 Jahre abgegeben werden.

Henri Nannen als Zeuge im Tagebücher-Prozeß „Nie ein solches Tagebuch in der Hand gehabt“

Hamburg (ap) - Der ehemalige „Stern“-Herausgeber Henri Nannen hat nach eigenem Bekunden immer an die Echtheit der gefälschten „Hitler-Tagebücher“ geglaubt, obwohl er nie eines in der Hand hatte. Der 71jährige Nannen, der 33 Jahre lang Chefredakteur und anschließend Herausgeber war, sagte am Donnerstag als Zeuge im Prozeß um die Fälschungen vor dem Hamburger Landgericht, seine Skepsis gegenüber den angeblichen Tagebüchern habe sich nie auf deren Echtheit bezogen, da ihm vom Verlagsvorstand versichert worden sei, das werde alles geprüft. „Ich habe nie ein solches Tagebuch in der Hand gehabt, weder vorher noch später“, behauptete Nannen. Als er noch vor der ersten Veröffentlichung in die Abschrift eines Tagebuches „hineingeguckt“ habe, sei ihm der Inhalt „unglaublich dürftig und langweilig“ vorgekommen. „Ich dachte, wenn jemand fälscht, dann fälscht er nicht so dummes Zeug“, sagte Nannen. „Wissen Sie, was in einem Speiserestaurant ein Grüßaugust ist, der herumgeht und fragt: ‚Hat's geschmeckt?‘ Das ist ungefähr die Position eines Herausgebers“, beschrieb Nannen seine Funktion beim „Stern“ in der Zeit der Tagebücher-Affäre. Um die Tagebücher habe er sich „überhaupt nicht gekümmert“. „Ich habe meinen Kunsthandel gemacht, ich habe mich überhaupt nicht darum gekümmert,

das ist ja das, was ich mir vorzuwerfen habe.“
Als er vom damaligen Vorstandsvorsitzenden des „Stern“-Verlages Gruner + Jahr, Manfred Fischer, zum ersten Mal von Heidemanns Sonderauftrag, die Tagebücher zu beschaffen, erfahren habe, sei er „sauer“ gewesen, daß das an der Redaktion vorbeilaufe. Seine Skepsis gegen die Beschaffung der zunächst 27 Bücher zu je 80.000 Mark begründete Nannen wie folgt: „Wenn man die Zeitgeschichte in Erinnerung hat, ist Hitler auch nicht irgendein Brauchitsch, der alles notiert.“

Erst als er erfahren habe, daß es mehr Bücher zu einem höheren Preis würden, sei er „hellhörig“ geworden. Er habe Heidemann einen Besuch abgestattet und sei erstaunt gewesen über dessen teure Wohnung. Die sei nicht „schickmicki“, sondern „erstklassig mit englischen Möbeln“ ausgestattet gewesen. Hinter einem schwarzen Vorhang „säuberlich ein Band neben dem anderen“ habe Heidemann die Hitler-Tagebücher präsentiert.

Diesen Abschriften sei je Band ein Ordner mit Dokumenten zugeordnet

gewesen. „Das machte einen ungeheuer seriösen Eindruck“, berichtete Nannen. Nach diesem Besuch habe er dem neuen Verlagsvorstandsvorsitzenden Gerd Schulte-Hillen über Heidemann mitgeteilt: „Ich glaube, der beschleißt uns ganz schön.“ Aber auch hier seien ihm keine Zweifel an der Echtheit gekommen.



„Stern“-Ex-Herausgeber Henri Nannen mit einem der gefälschten Hitler-Tagebücher, die er „unglaublich langweilig“ fand. Foto: argus

KOMMENTAR

zum Bonner Katalysator-Karussell

Das Auto bleibt dreckig

Jüngste Gerichte besagen, daß die Bundesrepublik auf dem Altar der Europäischen Gemeinschaft einen Teil ihrer Gasentgiftungs-Pläne für Automobile opfern will. Insbesondere bei den kleineren Modellen deutet sich trotz aller Demotivis ein Nachgeben in Richtung auf eine nur teilweise Entgiftung an. Was heißt das nun?
 Machen wir uns klar, daß nach den großmühtigen Versprechungen unseres Innenministers ursprünglich der 1.1.1986 als Zeitpunkt der verbindlichen Einführung des Drei-Weg-Katalysators mit Lambda-Sonde, der wesentliche Schadstoffe erheblich reduziert, geplant war. Dann wurde daraus (auf Druck der Auto-Lobby) der 1.1.1989, jetzt wird auch dieser Termin noch aufgeweicht. Trotz aller Einwände und Vorbehalte, die man gegen den Katalysator jüngst hört (z.B. Platin-Ausstoß), ist festzuhalten, daß die Vorteile die Nachteile deutlich überwiegen; entscheidendes Handicap ist jedoch, daß er nur in Neuwagen eingebaut wird. D.h., seine volle Wirkung wird erst ca. zehn bis fünfzehn Jahre nach der verbindlichen Einführung entfalten. Dieser Zeitpunkt dürfte jetzt weit über das Jahr 2000 hinausgerückt sein.
 Dabei haben die anderen EG-Staaten mit ihren Katalysator-Protesten gar nicht mal so unrecht: Denn diese Länder haben Tempo-Begrenzungen, die nachweislich die Schadstoffe sofort reduzieren könnten, längst eingeführt, während Bonn hier auf Zeit spielt. Die Fakten zur Schadstoffreduzierung durch ein Tempolimit liegen längst auf dem Tisch, und der mit viel Getöse veranstaltete Großversuch der Bundesregierung ist nichts als Zeitschinderei!

Tempobegrenzungen, das ist klar, werden eher Kleinfahrer favorisieren, während der Katalysator diese (wegen der höheren anteiligen Kosten und technischer Probleme) benachteiligt. Weiß man noch, daß die Bonner Entscheidungen von BMW und Daimler stark beeinflusst werden, die von Italien und Frankreich von deren auf Kleinwagen ausgerichteten Industrie, ist die Sache deutlich.
 Praktisch wäre beides nötig: Eine sofortige Tempobegrenzung (die in ihrer Wirkung bis in die 90er Jahre den Katalysator überfließen würde) und eine verbindliche Einführung des Katalysators zum 1.1.1986.
 Da dies nicht geschieht, kann man sich auf folgendes einstellen: Die Autoabgase, insbesondere die gefährlichen Stickoxide, die übrigens gegen alle Anzeichen der Autoindustrie bei Neuwagen ohne Katalysator verstärkt austreten, werden 1985 weiter zunehmen.
 Derzeit stellt sich also nur die Frage, wie lange das noch so weiter geht — bis 1990 oder zum Todestag des Waldes? Da hängt natürlich auch davon ab, wie lange die Umweltbewegung mehr oder minder taunend zusieht, ohne etwas zu tun (Kaufboykott-Aufrufe? Blockade vor Daimler?). Es scheint auch an der Zeit, das Auto als Fortbewegungsmittel generell zu problematisieren — das „umweltfreundliche“ Auto wird nämlich eine Illusion bleiben, vielleicht eine, die sich gut verkaufen läßt.
 Kleine Schlussanmerkung: Daimler und BMW haben eben ihre Jahresbilanzen für 1984 vorgelegt. Es läuft prächtig! Oder: Gesundheitszustand des Waldes umgekehrt proportional zu dem der Autoindustrie! *Theo Tempo*

Datenschutz löcheriger als Emmentaler

Hamburger Daten-Mäuse knabbern...

Fortsetzung von Seite 1
 Neben Touristik-Infos und Freizeitprogrammen stöberten sie eine Datenbank des Zivilschutzes auf, aus der sie mittels der rekonstruierten AHV-Nummern von 60 Bielern und Bielerinnen deren Daten und zugewiesene Bankplätze abrufen. Unter den Betroffenen befanden sich u.a. der Stadtpfarrer selbst, ein Ex-Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz und natürlich auch der EDV-Verantwortliche der Stadt Biel.

sache sehen, daß Herr X oder Frau Y in Paris oder Dresden sich jederzeit personenbezogene Daten samt Zivilschutzzeile (und daraus ableitbar Bankersystem und —kapazität) von Frau und Herrn Schweizer aus dem fernen Biel auf ihren Heimbildschirm kabela lassen könnten. Schon auf der Bieler Messe 1980 habe es einen öffentlichen Stand gegeben, an dem jeder Einwohner seine Zivilschutzzeile abrufen konnte, versuchte der Bieler EDV-Verantwortliche Sidler auf Anfrage die Brisanz des peinlichen Daten-Einbruchs abzuschwächen. Das mag sein. Ob die Bieler aber auch damit einverstanden sind, wenn dies x-beliebige Personen von außerhalb tun? Sidler selbst hat den Datenschutz mehrfach als „das dringendste Videotex-Problem“ bezeichnet.
 Bei aller nachvollziehbaren Abweigerungskritik der beamteten VTX-Fans: Dem 1978 als „modellhaft“ erlassenen Datenschutz-Reglement der Stadt Biel

läuft die von den Hamburgern demonstrierte Zugriffsmöglichkeit jedenfalls krass zuwider. Die Skepsis der Bürger gegenüber dem vielgepriesenen On-line-Dialog mit Datenbanken läßt übrigens die Statistik der Fernmeldekreisdirektion Biel erahnen: Dort sind bisher ganze sieben private VTX-Abonnenten registriert. Die öffentlichen Terminals, mit denen etwa die Post in ihren Schalterhallen Propaganda betreibt, waren während der letzten Monate meist defekt.
 Vom Bieler VTX profitiert haben bis jetzt also in erster Linie die Hacker, die einmal mehr ihr erklärtes Ziel erreichten: Die Verletzlichkeit und Mißbrauchbarkeit des angeblich so sicheren „Zukunftsdiums“ und die Lächerlichkeit des proklamierten Datenschutzes eindrucksvoll zu demonstrieren. Auf die Frage eines Journalisten nach ihrer nächsten Aktion, bleibe sie die Antwort vorerst schuldig. *thuss*

Zimmermann contra Aldi?

Planwirtschaft gegen die Verpackungsflut

Bonn (ap, taz) — Ungewöhnliches plant die Bundesregierung, um den zunehmenden Verkauf von Einwegverpackungen für Getränke zurückzudrängen. Jenseits aller marktwirtschaftlichen Grundsätze beschloß das Kabinett am Mittwoch eine Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes, die es der Regierung ermöglichen soll, per Verordnung den Einzelhandel und die großen Supermarktketten zu zwingen, ein Mindestangebot an Getränken in Pfandflaschen bereitzustellen.

Verpflichtungen der Industrie in den letzten Jahren, den Marktanteil von Wegwerfpackungen nicht weiter steigen zu lassen, seien nicht eingehalten worden. Ein Ministeriumssprecher sagte, 1985 werde der Anteil der wegwerfenden Einwegpackungen die 26-Prozent-Marke erreichen. 1970 habe der Anteil noch bei 18 Prozent gelegen. 1984 seien allein drei Milliarden Getränke Dosen produziert worden, davon landeten 75 Prozent nach einmaligem Gebrauch auf den Müll. Bei Wegfall aller Mehrwegverpackungen werde der Hausmüll um ein Viertel zu nehmen. Das bedeutet, daß auf je vier Mülldeponien eine weitere eröffnet werden müßte.

zur Rechtfertigung der geplanten Gesetzesänderung kritisierten Vertreter des Innenministeriums auch die „Werbetricks“ der Industrie, die als Irreführung des Verbrauchers zur weiteren Steigerung des Anteils von Wegwerfpackungen bezeichnet wurden. So drängen ausländische Kunststoff-Hersteller mit einer 1,5-Liter- und einer 2-Liter-Plastikflasche auf den Markt. Diese Flaschen würden von ei-

nem Getränkehersteller zwar zurückgenommen, aber nicht erneut verwendet. Auch die Aluminium-Industrie werbe beim Verbraucher „geschickt mit Verdummungs-Argumenten“, hieß es. So werde der Verbraucher aufgefordert, „aus der Aluminium-Getränkedose eine Mehrwegdose zu machen“. Dazu solle die Dose dem Handel zum Einschmelzen zurückgegeben werden. Dem Verbraucher werde dabei „bewußt verschwiegen“, daß es sich bei der Mehrwegpackung nach EG-Recht um einen „wiederfüllbaren Behälter“ handeln müsse, ohne daß der Vorgang des Recyclings durch Einschmelzen zwischenengeschaltet wird.
 Auch die Hohlglasindustrie steht nach Bonner Auffassung der „unsicheren Werbung“ der Aluminium-Industrie nicht nach. Sie beabsichtige ebenfalls im Gegensatz zu EG-Recht, die zur einmaligen Befüllung vorgesehene Einwegflasche als „Recycling-Flasche“ zu kennzeichnen. Mit Empörung wurde dabei ein Argument der Hohlglasindustrie aufgenommen, die in der Bezeichnung „Einweg“ für Wegwerfflaschen eine „Diskriminierung“ sehe.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums ist damit die Geschäftsgrundlage für den Verzicht der Regierung auf Markteingriffe entfallen. Freiwilige

Sonnenschein schlägt um sich „Juristische Schritte“ angekündigt

Frankfurt — Sonnenschein-Geschäftsführer Bruno Michalsky hat gegenüber der 'Frankfurter Rundschau' (FR) „juristische Schritte“ gegen die 'taz', „Panorama“ und den hessischen Umweltminister Armin Claus angekündigt. Mit „dubiosen Methoden“, so Michalsky, sei „gearbeitete“ worden: „Eine derartige Schweinerei lassen wir nicht über uns ergehen“. Die „Schweinerei“ und der „absolute Quatsch“, das sollen die Analyse-Ergebnisse sein, die im Auftrag der taz vom Institut Dr. Balzer ermittelt worden waren (siehe taz vom 20./21.2). Den von Dr. Balzer geäußerten Verdacht, die Firma Sonnenschein habe möglicherweise bleiverseuchten Klärschlamm nicht vorschriftsmäßig entsorgt, wurde von Michalsky gleichfalls scharf zurückgewiesen: „Die Firma wird ordnungsgemäß entsorgt.“

Der hessischen Umweltminister wird die Firma Sonnenschein vor, der Minister Armin Claus habe im „Panorama“-Interview „wahrheitswidrig“ behauptet, daß die Firma in der Vergangenheit nicht allen Anforderungen (Umweltschutzauflagen) gerecht geworden sei. Die Ankündigung „juristischer Schritte“ auch gegen „Maus“-Minister Armin Claus stimmte das Ministerium allerdings eher heiter. Pressesprecher Herbst: „Wunderbar, sollen die nur machen.“ Bereits vor gut sechs Wochen habe das Ministerium die Gewerbeaufsicht „beiß gemacht“, sich um das Stammwerk der Firma Sonnenschein in Bidingen zu kümmern. Sollte das jetzt zum Abschluß gekommene Emissions-Meßprogramm gleichfalls mit der Analyse überhöhter Blei-, Kadmium- und Nickelwerte aufwarten, stehe einer Bodenprobentnahme nichts mehr im Wege, so Herbst weiter. Auf die Frage, warum nicht sofort — nach den Analyseergebnissen des Dr. Balzer — eine Bodenuntersuchung eingeleitet wird, meinte Herbst: „Wenn wir bei der Emissionsanalyse was finden, muß Sonnenschein auch die Bodenproben bezahlen. Das wollen wir abwarten.“ Mit den Analyseergebnissen der Emissionsmessungen rechnet das Ministerium noch in dieser Woche.
 Analytiker Dr. Balzer, der z.Z. noch im Auftrag der taz die Bodenproben auf Kadmium und Nickel hin untersucht, äußerte „Unverständnis“ über die Reaktion der Sonnenschein-Geschäftsleitung. Insbesondere die Stellungnahme von Michalsky zu den Ergebnissen der Parkplatz-Probe ist nicht nur für Balzer der Beweis, daß die Vermutung, die Firma habe bleiverseuchten Schlamm mit Kalk gemischt, so abwegig nicht war. Michalsky: „Es könnte allerdings auch vorgekommen sein, daß eines der Fahrzeuge, mit denen Gipschlamm-Rückstände aus der Produktion aus dem Werk abgefahren werden, ein Bröckchen verlor. Diese Rückstände enthalten Industrieabwasser und damit auch Blei“ (FR vom 21.2). Dr. Balzer und die Grünen im hessischen Landtag äußerten auch Unverständnis darüber, daß das Ministerium nicht sofort die Entnahme von Bodenproben veranlaßt hat, nachdem via taz die unglaublich hohen Bleiwerte öffentlich bekannt gemacht wurden. Die Firma Sonnenschein wird auch Thema der nächsten Plenarsitzung des hessischen Landtages sein. Claus-Pressesprecher Herbst: „Da wird wohl „geficht“ werden. Die Grünen sollten allerdings keine verschobenen Fronten aufbauen.“ *K.P.K.*

CDU-Grüne Keine Zusammenarbeit

Saarbrücken (ap) — Der CDU-Bundesvorstand hat am Mittwoch in Saarbrücken in einem Grundsatzbeschluss einstimmig Koalitionen oder vergleichbare politische Vereinbarungen mit den Grünen abgelehnt. Nach der Sitzung erklärte Generalsekretär Heiner Geißler, er wolle den Grünen zwar nicht verfassungsfeindliche Ziele unterstellen, sie verstießen in ihrer politischen Praxis aber permanent gegen Grundsätze der Verfassung. Als Beispiel nannte Geißler die Infragestellung des Mehrheitsprinzips sowie die Praktizierung des Imperativen Mandats und des Rotationsprinzips. Ein gebrochenes Verhältnis der Grünen zum Rechtsstaat zeige sich auch in ihrem elitären Anspruch, Nötigung und damit Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele ausüben zu können. Die Rituale, Instrumente, Methoden und den Stil der Grünen bezeichnete Geißler als totalitär.

Nach Geißlers Einschätzung setzen sich innerhalb der SPD immer stärker Positionen der Grünen durch. Dies könne im Falle einer Mehrheit von Grünen und SPD zu einer Neutralisierung und Unterwerfung Deutschlands unter sowjetische Machtinteressen führen (Genau, dann kommt der Iwan d.säzzin). Zwischen dem SPD-Spitzenkandidaten für die saarländische Landtagswahl am 10. März, Oskar Lafontaine, und den Grünen besteht nach Geißlers Ansicht vor allem auf sicherheitspolitischem Gebiet eine inhaltliche Identität. Eine bundespolitische Bedeutung wollte der CDU-Generalsekretär den Wahlen an der Saar allerdings nur insoweit einräumen, als das Ergebnis möglicherweise Auswirkungen auf die innerparteiliche Auseinandersetzung der SPD haben werde.

Roland Jahn beklagt Übergriffe der DDR-Behörden

Mauerspringer

Roland Jahn, Pazifist aus Jena und von dort 1983 in einem geschlossenen Zugabteil in den Westen „ausgebürgert“, wurde am vergangenen Mittwoch wieder einmal von den DDR-Behörden gewaltsam von Ost nach West befördert. Der moderne Mauerspringer wollte vom Ost-Berliner Flughafen Schönefeld nach Havanna fliegen und hatte bereits Transvisum und Bordkarte in der Hand, als ihn die Grenzbehörden zu rückpfeifen und unter Gewaltanwendung und ohne Begründung zu einem Wagen führten, der durch die Ost-Berliner Innenstadt zum Palast der Tränen, dem Grenzübergang Friedrichstraße transportierten, ihn dort eine Treppe hinunter und durch eine Seitentür auf den Westteil des U-Bahnhofs stießen. Jahn, der auch Transivertbot nach Westdeutschland hat, wollte über Schönefeld nach Havanna, um einerseits die neuen Bestimmungen am Ost-Berliner Flughafen

auszuprobieren — seit Januar gibt es keine Grenzkontrollen mehr, der Transitbus fährt durch —, und zum anderen die weitaus günstigeren Flugtarife der Cubanischen Fluggesellschaft auszunutzen. Über seine Autofahrt durch Ost-Berlin befragt, meinte der zwangsausgebürgerte Jenaer: „Das war ein wahnsinniger Blick, die Mauer mal wieder vom Osten zu sehen.“ Früher habe er immer, wenn er nach Berlin fuhr, den West-Teil der Stadt gesehen, Neukölln, Kreuzberg... Jetzt wohne er in Kreuzberg und sehe vom Westen aus die bunte Mauer. Es sei für ihn komisch gewesen, an einem Tag die Mauer von beiden Seiten zu sehen. „Wenn du im Westen sitzt, existiert die Mauer immer noch, auch wenn ich jetzt nach Südamerika fahren kann.“ Früher, drüben, hieß es, man ist hinter der Mauer. Heute fühle er sich wieder hinter der Mauer, „abgeschnitten von der eigenen Vergangenheit“. *mtm*

Streit im BBU und kein Ende

„Knies“ in der Bonner Geschäftsstelle

Berlin (taz) — Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz scheint jeden Monat für neuen internen Streit zu sorgen. Im letzten Monat hatte das neue, kommerziell orientierte Spendenkonzept des BBU für große Aufregung und für den Rücktritt des langjährigen Vorstandsmitglieds Inge Ammann gesorgt. Dieses Spendenkonzept hat der BBU-Vorstand zwar auf seiner letzten Sitzung am Wochenende gestoppt und dem Nürnberger Förderverein, der diese Aktion durchgeführt hat, verboten, weiterhin den Namen BBU zu führen. Dafür «kracht» es jetzt aber in der mit drei festangestellten Mitarbeitern besetzten Bonner Geschäftsstelle des Umweltverbandes.
 Wie auf der letzten Vorstandssitzung bekannt wurde, hat der Schatzmeister des BBU, Vorstandsmitglied Klaus Kall, Anfang Februar einer Mitarbeiterin der Geschäftsstelle fristlos gekündigt. Begründung: vermeintliche RAF-Kontakte. Auf der Vorstandssitzung am 1. Februar hatte Kall die langjährige Mitarbeiterin zu einem „Gespräch unter vier Augen“ gebeten und ihr dabei nahegelegt, im eigenen Interesse selber zu kündigen. Ihm sei bekannt, daß sie Flugblätter zum Hungerstreik der politischen Gefangenen verteilt habe und vom BBU-Telefon aus die Solidaritätsdemonstration für die Hungerstreikenden in Karlsruhe vorbereitet habe. „Serdem lägen ihm „Erkenntnisse“ vor, daß gegen die Mitarbeiterin

im Zusammenhang mit einer Strommastaktion ermittelt würde. Da zur Zeit die rechte Presse gegen den BBU hetze, sei es besser, sie würde ihre Arbeit in der Geschäftsstelle aufgeben. Als die Mitarbeiterin dazu keine Veranlassung sah, sprach Kall ihr die fristlose Kündigung und ein Hausverbot aus. Den Schlüssel für die Geschäftsstelle sollte sie gleich abgeben. Noch am gleichen Tag teilte Vorstandsmitglied Kall Jo Leinen telefonisch mit, er habe der Mitarbeiterin gerade «wegen RAF-Geschichten» gekündigt. Als die Mitarbeiterin den übrigen Vorstandsmitgliedern von diesem ungewöhnlichen Kündigungsversuch berichtete, lehnten diese die fristlose Entlassung ohne lange Diskussion aus formalen Gründen ab. Kall sei in seiner Funktion als Schatzmeister gar nicht berechtigt, Kündigungen auszusprechen. Die Tatsache aber, daß überhaupt ein BBU-Vorstandsmitglied versucht, einer Mitarbeiterin mit einer solchen Begründung zu kündigen, hat weiter für Aufruhr gesorgt: für einen der drei festangestellten Mitarbeiter der Geschäftsstelle war dieser Kündigungsversuch letzter Auslöser dafür, daß er dem Vorstand am letzten Wochenende seine eigene Kündigung einreichte. Das Vertrauensverhältnis zu Teilen des BBU-Vorstands sei seit diesem Vorfall so gestört, daß er nicht mehr weiter dort arbeiten wolle. *Ve.*